

Die steigende Zahl von Geflüchteten und Asylbewerber\*innen stellt insbesondere die Kommunen vor neue Herausforderungen. Städte und Gemeinden in Hessen müssen vorhandene Unterkünfte erweitern oder neue Unterkünfte einrichten. Vielerorts gründen sich Bürgerinitiativen, die sich gegen eine höhere Zahl von Geflüchteten und Asylbewerber\*innen in ihren Gemeinden wehren. In vielen Fällen nutzen rechtsextreme Parteien und Gruppen diese Initiativen als Plattform für die Verbreitung ihrer Ideologien oder versuchen, unterschiedliche Gruppen von Flüchtlingen und Asylbewerber\*innen gegeneinander auszuspielen. Auch in sozialen Netzwerken nimmt diese Thematik an Bedeutung zu.

## WARUM PROAKTIVE BERATUNG?

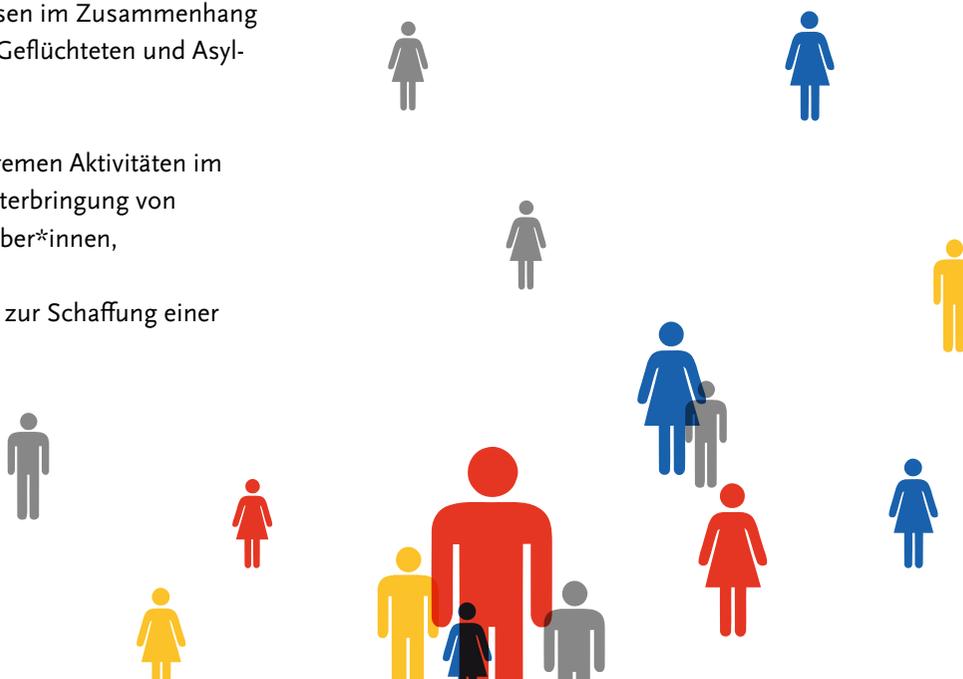
Das Angebot der proaktiven, vorausschauenden Beratung von Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten und Asylbewerber\*innen unterstützt und berät:

- zur Vermeidung von Konflikten im Vorfeld und zur Deeskalation im Gemeinwesen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Geflüchteten und Asylbewerber\*innen,
- zum Umgang mit rechtsextremen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Unterbringung von Geflüchteten und Asylbewerber\*innen,
- die örtliche Zivilgesellschaft zur Schaffung einer Willkommenskultur vor Ort.

## ZIELGRUPPEN FÜR DIE PROAKTIVE BERATUNG SIND:

- kommunale Verantwortungsträger\*innen wie Bürgermeister\*innen oder Mandatsträger\*innen,
- weitere relevante lokale Akteur\*innen aus Kirchen oder Vereinen sowie Träger von Geflüchtetenunterkünften,
- zivilgesellschaftliche Bündnisse, Initiativen, Teams von Geflüchtetenbetreuungen oder Migrationsberatungen, Helferkreise oder „Runde Tische“ von Bürger\*innen vor Ort, die einen Beitrag zur Deeskalation leisten und eine örtliche Willkommenskultur aufbauen möchten.

Insbesondere eine gute, intensive Zusammenarbeit der Kommune mit der lokalen Zivilgesellschaft kann einen wesentlichen Beitrag zum Abbau von Ängsten und Vorurteilen leisten.



## UNSER ANGEBOT:

1. Die Beratung von kommunal Verantwortlichen wie Bürgermeister\*innen oder Mandatsträger\*innen umfasst eine sorgfältige Analyse der lokalen Akteur\*innen und Ressourcen sowie der lokalen Stimmungslagen. Sie unterstützt Verantwortungsträger\*innen bei der Kommunikation im Gemeinwesen oder im Umgang mit den Medien. Weiterhin bietet die Beratung eine Analyse von vorhandenen rechtsextremen Strukturen und ihren Akteur\*innen vor Ort.
2. Weitere zivilgesellschaftliche Gruppierungen und Personen aus Kirchen, Vereinen oder privaten Helferkreisen werden dabei beraten, jeweils eigene Ressourcen zur Vermeidung von Konflikten und zur Deeskalation im Gemeinwesen zu identifizieren, und bei der Frage unterstützt, welchen praktikablen und angemessenen Beitrag sie für die Schaffung einer lokalen Willkommenskultur leisten können.
3. Die Berater\*innen unterstützen die Aufbauphase von Bündnissen, Initiativen, „Runden Tischen“ oder ähnlichen Projekten von Bürger\*innen vor Ort. Sie moderieren und beraten bei der Suche nach angemessenen Aufgaben und Zielen. Die Beratung achtet dabei auf die Perspektiven und Bedürfnisse der bereits in den Kommunen lebenden Geflüchteten und Asylbewerber\*innen und berücksichtigt ihre Handlungs- und Lösungsperspektiven.

Gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern wie der Diakonie Hessen und dem Hessischen Flüchtlingsrat wurden die Berater\*innen für die spezifischen Herausforderungen dieses Aufgabenfeldes fortgebildet. Es wurde ein eigenes Beratungskonzept entwickelt und nach erfolgreicher Erprobung eingeführt.

Seit 2007 berät das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ Institutionen und Personen nach Vorkommen mit einem rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen oder anderen menschenfeindlichen Hintergrund. Neben Schulen, Vereinen oder Eltern von rechtsextrem orientierten Jugendlichen fragen insbesondere Kommunen, die von Rechtsextremismus oder andern Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind, das Beratungsangebot nach.

Die Beraterinnen und Berater unseres Netzwerks sind qualifiziert durch:

- Fach-/Hochschulabschluss oder vergleichbare Qualifikationen,
- ausgewiesene Themenkenntnisse zu Rechtsextremismus, Demokratie und Menschenrechten, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung.

Sie verfügen über spezifische Beratungskompetenzen wie

- systemische Beratung,
- Coaching,
- Mediation.

Unsere Beraterinnen und Berater bilden sich regelmäßig zu themenrelevanten Aspekten fort.

Dem Beratungsnetzwerk Hessen gehören zahlreiche Organisationen, Institutionen, Vereine, staatliche und freie Träger aus Hessen an. Sie unterstützen als „Expertenpool“ kompetent die Beraterinnen und Berater vor Ort. Das Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg ist dabei die zentrale Koordinierungs-, Fach- und Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks und vermittelt Ansprechpartner vor Ort.



Demokratiezentrum Hessen

Wilhelm-Röpke-Straße 6 A

35032 Marburg

Tel. 06421 / 28 21 110

E-Mail: [kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de](mailto:kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de)

Web: <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/>

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

HESSEN  
AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND  
GEGEN EXTREMISMUS

**V.i.S.d.P.** Demokratiezentrum Hessen im  
Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für  
Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Faltblatt-Gestaltung: heilmeyer und sernau  
Stand: 3/2022



**PROAKTIVE BERATUNG  
VON KOMMUNEN  
BEI DER AUFNAHME VON  
GEFLÜCHTETEN UND  
ASYLBEWERBER\*INNEN**

Demokratiezentrum Hessen

Web: [www.beratungsnetzwerk-hessen.de](http://www.beratungsnetzwerk-hessen.de)

Tel.: 06421 - 28 21 110

